

Antrag

der Abgeordneten Siegfried Vergin, Helga Kühn-Mengel, Gerd Andres, Robert Antretter, Hermann Bachmaier, Klaus Barthel, Ingrid Becker-Inglau, Wolfgang Behrendt, Hans-Werner Bertl, Friedhelm Julius Beucher, Rudolf Bindig, Lilo Blunck, Anni Brandt-Elsweier, Tilo Braune, Hans Büttner (Ingolstadt), Edelgard Bulmahn, Ursula Burchardt, Dr. Herta Däubler-Gmelin, Dr. Marliese Dobberthien, Peter Enders, Gernot Erler, Lothar Fischer (Homburg), Iris Follak, Arne Fuhrmann, Uwe Göllner, Günter Graf (Friesoythe), Karl-Hermann Haack (Extertal), Hans-Joachim Hacker, Klaus Hagemann, Christel Hanewinckel, Alfred Hartenbach, Monika Heubaum, Uwe Hirsch, Stephan Hilsberg, Jelena Hoffmann (Chemnitz), Frank Hofmann (Volkach), Erwin Horn, Ingrid Holzhüter, Barbara Imhof, Hans-Peter Kemper, Siegrun Klemmer, Fritz Rudolf Körper, Walter Kolbow, Thomas Krüger, Horst Kubatschka, Robert Leidinger, Christa Lörcher, Erika Lotz, Dr. Christine Lucyga, Dorle Marx, Heide Mattischeck, Dr. Jürgen Meyer (Ulm), Ursula Mogg, Dr. Edith Niehuis, Doris Odendahl, Adolf Ostertag, Dr. Willfried Penner, Dr. Eckhart Pick, Karin Rehbock-Zureich, Margot von Renesse, Otto Reschke, Bernd Reuter, Dr. Edelbert Richter, Günter Rixe, Marlene Rupprecht, Dr. Hansjörg Schäfer, Gudrun Schaich-Walch, Dr. Hermann Scheer, Otto Schily, Dieter Schloten, Günter Schluckebier, Horst Schmidbauer (Nürnberg), Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Heinz Schmitt (Berg), Gisela Schröter, Richard Schuhmann (Delitzsch), Reinhard Schultz (Everswinkel), Bodo Seidenthal, Lisa Seuster, Erika Simm, Johannes Singer, Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast, Ludwig Stiegler, Dr. Peter Struck, Jörg Tausch, Margitta Terborg, Franz Thönnies, Uta Titze-Stecher, Ute Vogt (Pforzheim), Matthias Weisheit, Gert Weisskirchen (Wiesloch), Jochen Welt, Hildegard Wester, Heidemarie Wiczorek-Zeul, Dieter Wiefelspütz, Verena Wohlleben, Hanna Wolf (München), Rudolf Scharping und der Fraktion der SPD

Europäisches Jahr gegen Rassismus 1997

Der Bundestag wolle beschließen:

I.

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Rat der Europäischen Union hat am 23. Juli 1996 das „Europäische Jahr gegen Rassismus 1997“ beschlossen. Damit erhält die Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit auf europäischer Ebene politische Priorität – gleichzeitig wird der Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten als zentraler Wert europäischer Identität betont und seine Unvereinbarkeit mit rassistischen Tendenzen herausgestellt.

Die kulturelle und ethnische Vielfalt in den Gesellschaften der Länder der Europäischen Union stellt einen positiven und bereichernden Faktor dar. Die anhaltende Präsenz von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Gewalt in allen Ländern der Europäischen Union bedeutet eine große Herausforderung – dies umso mehr als die Würde und die Rechte des einzelnen und das friedliche Zusammenleben aller die grundlegenden Werte einer demokratischen und rechtsstaatlichen Entwicklung der Europäischen Union bilden.

Der Deutsche Bundestag bringt seine tiefe Besorgnis über die aktuellen Auseinandersetzungen in Deutschland und die Erfolge rechtspopulistischer und rechtsextremistischer Parteien in anderen europäischen Staaten zum Ausdruck. Vor diesem Hintergrund begrüßt der Deutsche Bundestag das „Europäische Jahr gegen Rassismus 1997“, das ein politisches Signal für Toleranz und gegen Rassismus setzen soll.

Bei der Umsetzung des „Europäischen Jahres gegen Rassismus 1997“ auf nationaler Ebene sieht der Deutsche Bundestag als ein vorrangiges Ziel, die Bedrohung der Demokratie durch Rechtsextremismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt darzustellen. Des weiteren geht es darum, Bürgerinnen und Bürger verstärkt für das Thema zu sensibilisieren und das Bewußtsein für Ursachen und Erscheinungsformen von Diskriminierung und Rassismus („racism awareness“) zu schärfen. Der Deutsche Bundestag versteht das „Europäische Jahr gegen Rassismus 1997“ als Chance für die Förderung des Erfahrungsaustausches und zur gemeinsamen Erarbeitung integrativer Maßnahmen, die sich an deutsche und ausländische Jugendliche und Erwachsene richten.

Der Deutsche Bundestag schließt sich dem Inhalt der Erklärungen des Europäischen Parlaments vom 21. April 1993 und 20. Februar 1997 an, der die hohe Arbeitslosigkeit, die Verschlechterung der Lebensbedingungen und die zunehmende Kriminalität als gemeinsame strukturelle Bedingung für das Wiederaufleben von Rassismus, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit benennt. Dazu kommt die Sorge vieler Menschen, insbesondere Jugendlicher, nicht erfolgreich in eine immer vielschichtiger und wettbewerbsorientiertere Gesellschaft eingegliedert zu werden.

Mit der Annahme der Entschließung zum „Europäischen Jahr gegen Rassismus 1997“ durch den Rat der Europäischen Union vom 23. Juli 1996 sind die Mitgliedstaaten aufgefordert, im Sinne der einzelstaatlichen Hauptverantwortung für die Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Antisemitismus tätig zu werden.

II.

1. In Kenntnis der Tatsache, daß die Hauptverantwortung im Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung bei den Gremien auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene, d. h. eben nicht nur auf der internationalen Ebene liegt, unterstreicht der Deutsche Bundestag die Bedeutung des „Europäischen Jahres gegen Rassismus 1997“, welches die einzelstaatlichen Initiativen

und Aktivitäten, die auf Integration abzielen, ergänzen und unterstützen hilft.

2. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, Bemühungen zu unterstützen, um die Einbürgerung von Immigrantinnen und Immigranten zu erleichtern, doppelte Staatsangehörigkeiten zu ermöglichen, für die in der Europäischen Union geborenen Kinder von Immigrantinnen und Immigranten einen Rechtsanspruch auf Einbürgerung zu schaffen und ihnen die Staatsangehörigkeit ohne formale Hindernisse zu erteilen.
3. Der Deutsche Bundestag unterstreicht die Notwendigkeit der wirksamen Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit unter Jugendlichen sowie der Erforschung ihrer Ursachen. Er fordert die Bundesregierung auf, einen Bericht über hierzu im Rahmen der Zuständigkeit des Bundes ergriffene Maßnahmen in allen Bildungsbereichen vorzulegen. Hierin ist auch über Forschungsvorhaben unter Einschluß der Begleitforschung von Modellversuchen und über in der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung mit den Ländern getroffene Vereinbarungen zu berichten.
4. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, ein Beispiel für die Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten für nichtdeutsche Gruppen zu geben, indem sie Stellen im öffentlichen Dienst, einschließlich des Bundesgrenzschutzes, Staatsangehörigen dritter Länder zugänglich macht.
5. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die Erarbeitung von Unterrichtsmethoden und Lehrmaterialien zu fördern, die geeignet sind, das Verständnis anderer Kulturen zu fördern und Rassismus und Fremdenfeindlichkeit entgegenzuwirken. Hierbei kommt der Bundeszentrale für politische Bildung und ihrer Zusammenarbeit mit den Landeszentralen besondere Bedeutung zu.
6. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, modellhafte Ausbildungsprogramme für Verwaltungsfachleute, aber auch für die Polizei, Staatsanwaltschaft, Zoll, Ausländerbehörde, Arbeitsamt, Sozialamt und das Gesundheitsamt anzuregen, die der Verhütung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit dienen.
7. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, auch die spezifischen Probleme von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit untersuchen zu lassen, mit denen sich die sog. Afrodeutschen in der Bundesrepublik Deutschland konfrontiert sehen.
8. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, bundesweit eine Wanderausstellung durchzuführen, in der Bürgerinnen und Bürger vor Ort vertraut gemacht werden mit Initiativen zum Aufbau von Toleranz. Im Rahmen einer solchen Ideenbörse, die die Bundesregierung in Form einer Broschüre dokumentiert und der Öffentlichkeit u. a. auch per Internet zugänglich macht, sollen die unterschiedlichsten Maßnahmen

vorgestellt werden, erfolgreiche Initiativen ebenso wie solche, die ihr Ziel nicht erreicht haben.

9. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die Verbände der Werbeindustrie mit Nachdruck zu ermutigen, ihre Möglichkeiten zu nutzen, um ein differenziertes, realistisches und menschenrechtskonformes Bild von Minderheiten und Migrantinnen und Migranten wiederzugeben, statt in der Werbung eine großenteils von ethnischen Minderheiten freie Welt zu präsentieren.
10. Der Deutsche Bundestag appelliert an die Verleger- und Journalistenverbände, Fernseh- und Radiosender, einen Schwerpunkt bei der Aus- und Fortbildung auf die Förderung von Toleranz und Akzeptanz von Minderheiten zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu legen.
11. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die Verwirklichung des von der Beratenden Kommission „Rassismus und Fremdenfeindlichkeit“ des Rates der Europäischen Union vorgeschlagenen Journalistenhandbuchs zu unterstützen, das vom Europäischen Journalismuszentrum in Maastricht erarbeitet werden soll und in dem u. a. unter Berücksichtigung nationaler Vorarbeiten und Erfahrungen der Umgang mit den Themen Migration, Asylrecht, Fremdenfeindlichkeit, soziale Ausgrenzung und Rassismus klar und verständlich besonders für die Journalistin/den Journalisten der Lokalzeitung dargestellt wird.
12. Der Deutsche Bundestag appelliert an die Arbeitgeber der Medienindustrie, für Angehörige ethnischer Minderheiten den Zugang zu Medienberufen zu verbessern. Insbesondere öffentlich-rechtliche Sender, die den Auftrag zur gleichberechtigten Vertretung aller Bevölkerungsgruppen haben, müssen hierbei eine Vorreiterrolle übernehmen.
13. Der Deutsche Bundestag unterstützt nachdrücklich die Einrichtung einer Europäischen Beobachtungsstelle für Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, der der Europäische Rat bereits am 21./22. Juni 1996 in Florenz grundsätzlich zugestimmt hat, und welche sowohl Datenvergleiche als auch die Erarbeitung und Evaluation spezifischer Strategien im Kampf gegen Rassismus ermöglichen soll.

III.

Der Deutsche Bundestag unterstützt die Bundesregierung in ihrem Bestreben, das Verbot der Leugnung des Holocaust in sämtlichen Mitgliedstaaten der EU gesetzlich zu verankern, und hält es für erforderlich, daß die Mitgliedstaaten der EU ihre Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit auch im Hinblick auf die assoziierten Länder Mittel- und Osteuropas intensivieren.

Bonn, den 16. Mai 1997

Siegfried Vergin	Dorle Marx
Helga Kühn-Mengel	Heide Mattischeck
Gerd Andres	Dr. Jürgen Meyer (Ulm)
Robert Antretter	Ursula Mogg
Hermann Bachmaier	Dr. Edith Niehuis
Klaus Barthel	Doris Odendahl
Ingrid Becker-Inglau	Adolf Ostertag
Wolfgang Behrendt	Dr. Willfried Penner
Hans-Werner Bertl	Dr. Eckhart Pick
Friedhelm Julius Beucher	Karin Rehbock-Zureich
Rudolf Bindig	Margot von Renesse
Lilo Blunck	Otto Reschke
Anni Brandt-Elsweiler	Bernd Reuter
Tilo Braune	Dr. Edelbert Richter
Hans Büttner (Ingolstadt)	Günter Rixe
Edelgard Bulmahn	Marlene Rupprecht
Ursula Burchardt	Dr. Hansjörg Schäfer
Dr. Herta Däubler-Gmelin	Gudrun Schaich-Walch
Dr. Marliese Dobberthien	Dr. Hermann Scheer
Peter Enders	Otto Schily
Gernot Erler	Dieter Schloten
Lothar Fischer (Homburg)	Günter Schluckebier
Iris Follak	Horst Schmidbauer (Nürnberg)
Arne Fuhrmann	Wilhelm Schmidt (Salzgitter)
Uwe Göllner	Heinz Schmitt (Berg)
Günter Graf (Friesoythe)	Gisela Schröter
Karl-Hermann Haack (Extertal)	Richard Schuhmann (Delitzsch)
Hans-Joachim Hacker	Reinhard Schultz (Everswinkel)
Klaus Hagemann	Bodo Seidenthal
Christel Hanewinckel	Lisa Seuster
Alfred Hartenbach	Erika Simm
Monika Heubaum	Johannes Singer
Uwe Hixsch	Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast
Stephan Hilsberg	Ludwig Stiegler
Jelena Hoffmann (Chemnitz)	Dr. Peter Struck
Frank Hofmann (Volkach)	Jörg Tauss
Erwin Horn	Margitta Terborg
Ingrid Holzhüter	Franz Thönnies
Barbara Imhof	Uta Titze-Stecher
Hans-Peter Kemper	Ute Vogt (Pforzheim)
Siegrun Klemmer	Matthias Weisheit
Fritz Rudolf Körper	Gert Weisskirchen (Wiesloch)
Walter Kolbow	Jochen Welt
Thomas Krüger	Hildegard Wester
Horst Kubatschka	Heidemarie Wieczorek-Zeul
Robert Leidinger	Dieter Wiefelspütz
Christa Lörcher	Verena Wohlleben
Erika Lotz	Hanna Wolf (München)
Dr. Christine Lucyga	Rudolf Scharping und Fraktion

